



Unser Bild zeigt Genossen Tojajew, Professor für Völkerkunde an der Moskauer Lomonossow-Universität, der an der Philosophischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität Vorlesungen hält. Diese unmittelbare Tätigkeit eines bekannten Vertreters der Sowjetwissenschaft ist ein weiteres Beispiel für die uneigennützig Unterstützung, die die Sowjetunion dem deutschen Volke gibt. Die Parteiorganisation an der Humboldt-Universität hat nun eine unschätzbare Hilfe in ihrer Arbeit zur Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft wie auch in der Durchführung kameradschaftlicher ideologischer Diskussionen mit den parteilosen Wissenschaftlern.

befinden, was ihnen fehlt, wie man ihnen ihre Forschungsarbeiten erleichtern kann.

Die Popularisierung des Zehnmonatstudienjahres und der neue Studienplan wurden von den Parteiorganisationen infolge dieses noch herrschenden Sektierertums sehr häufig als Angriffe auf die bürgerlichen Professoren aufgefaßt. Anstatt diese Professoren geduldig von der Studienreform zu überzeugen, wollte man ihnen diese Reform aufzwingen und kritische Äußerungen niedertreten.

Die Meinung der Parteiorganisationen der medizinischen Fakultäten in Jena, Halle und Leipzig, daß der „revolutionäre“ Teil der Studenten an den Universitäten zunächst einmal über jede Maßnahme der Regierung und der Partei befragt werden müsse, ist ein Ausdruck dieses Sektierertums.

Das Sektierertum äußert sich ferner darin, daß viele Genossen die bürgerliche Wissenschaft und infolgedessen auch die bürgerlichen Professoren in Bausch und Bogen ablehnen, daß Studenten solche Vorlesungen boykottieren, wie in Jena, oder während der Vorlesung Zeitung lesen und sich laut unterhalten, wie es in Halle der Fall war. Flegelhaft benimmt man sich zeitweise den parteilosen

Fachleuten gegenüber, anstatt mit ihnen gründlich und sachlich zu arbeiten, ihre Fachkenntnisse zu erlernen und zu versuchen, diese Professoren für den Friedenskampf, für den Kampf um die Einheit Deutschlands zu gewinnen und für unsere fortschrittliche Weltanschauung zu interessieren.

Aber dieser Vorwurf des Sektierertums trifft unseres Erachtens nicht nur die Genossen Studenten, sondern auch einen Teil unserer Genossen Professoren an den Universitäten, die sich abkapseln, die kein enges Verhältnis zu den übrigen Professoren haben, anstatt mit ihnen gemeinsam Lehre und Forschung zu organisieren und auf der Grundlage dieser kollektiven Arbeit alle Probleme zu diskutieren. Diese sektiererische Abkapselung erschwert aufs stärkste die Entfaltung des Friedenskampfes an den Hochschulen und bildet die Hauptursache für die ungenügende ideologische Auseinandersetzung mit diesen Professoren.

Das Sektierertum an den Hochschulen kommt auch in den Einstufungen der Dozenten und Professoren im Parteilehrjahr zum Ausdruck. An der Universität Rostock zum Beispiel hatte man im ersten Lehrjahr die Einstufung ohne Rücksicht auf die politischen Kenntnisse und die Allgemeinbildung der Professoren vorgenommen und die Professoren in die politische Grundschule eingestuft. Wir sind der Auffassung, daß die Vermittlung des Marxismus-Leninismus an den Universitäten im Rahmen des Parteilehrjahres für die Professoren, Dozenten und Assistenten — getrennt von den Studenten — in besonderen Zirkeln erfolgen muß, und daß entsprechend den Wünschen der Professoren und Dozenten jene Fragen studiert werden sollen, die die Professoren in erster Linie interessieren.

Wir führen einen unversöhnlichen Kampf gegen die feindliche Ideologie, gegen den Kosmopolitismus und Objektivismus, gegen das Eindringen der bürgerlichen reaktionären Ideen an unseren Hochschulen, aber wir führen zugleich einen Kampf um die Verbesserung des Verhältnisses zu den parteilosen Professoren, die sich Mühe geben, unseren demokratischen Aufbau zu fördern und den Kampf um den Frieden zu unterstützen. Deshalb wenden wir uns auf das entschiedenste gegen das sektiererische radikalistische Verhalten einiger Parteiorganisationen, die alle parteilosen Professoren in einen einzigen reaktionären Topf werfen.

Eine weitere ernsthafte politische Schwäche der Parteiorganisationen sind die Unklarheiten über das Verhältnis der Parteiorganisationen zur Leitung und Verwaltung der Hochschule. Trotz der eindeutigen Richtlinien, die schon im Dezember 1950 gegeben wurden, bestehen weiterhin falsche Auffassungen über die führende Rolle der Partei an den Hochschulen. Es gibt Parteileitungen, die sich für die eigentliche Hochschulleitung halten und sich in die Verwaltung einmischen.

Die Parteileitung der Universität Greifswald z. B. gab schriftliche Anweisungen an den Rektor, der nicht einmal unserer Partei angehört, oder an die Personalabteilung der Universität.

Auch das Sekretariat der Parteileitung in Jena ergriff Maßnahmen in Fakultätsangelegenheiten, die nur dem Staatssekretariat für Hochschulwesen bzw. der Verwaltung zustehen.

In dem Arbeitsplan der Parteileitung der Technischen Hochschule Dresden gibt es einen Punkt 9 „Anleitung der Verwaltungen“, der die unmittelbare Anleitung der Hochschulverwaltung als eine Hauptaufgabe der Parteileitung an der Hochschule ansieht.

In den Protokollen der Hochschule für Musik in Leipzig gibt es nicht wenige Beispiele der Art, daß in der Parteileitung beschlossen wird, ob ein Genosse eine Berufung an eine andere Universität annimmt oder nicht.